

Jost Hermand



Oasen der Utopie

Schriften deutscher
Vordenker und
Vordenkerinnen



böhlau



Jost Hermand

Oasen der Utopie

Schriften deutscher Vordenker und Vordenkerinnen

Böhlau Verlag Wien Köln Weimar

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2021 by Böhlau Verlag GmbH & Cie. KG, Lindenstraße 14, D-50674 Köln
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen
bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Jonathan Swift: Gullivers Reisen. Die schwebende Insel Laputa.
Illustration aus einer Ausgabe Leipzig, um 1910. © akg-images

Korrektur: Volker Manz, Kenzingen
Satz: SchwabScantechnik, Göttingen

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-412-52142-4

Inhalt

Vorwort	
Widersetzliche Stimmen im breiten Strom des Mehrheitsdenkens	7
Irenaeus Hygiophilus	
Daß denen Männern keine Herrschafft über ihre Weiber gebühre (1727) . . .	23
Johann Pezzl	
Faustin oder das philosophische Jahrhundert (1783)	31
Wilhelm Friedrich Meyern	
Dya-Na-Sore oder die Wanderer. Eine Geschichte aus dem Sams-kritt übersetzt (1787/91)	42
Carl Ignaz Geiger	
Laster ist oft Tugend oder: Leonore von Welten (1791)	54
Johann Gottlieb Fichte	
Der geschlossene Handelsstaat (1800)	63
Ernst Moritz Arndt	
Ein Wort über die Pfl egung und Erhaltung der Forsten und Bauern im Sinne einer höheren d. h. menschlichen Gesetzgebung (1820)	71
Karl Marx	
Die deutsche Ideologie (1846)	81
Moses Hess	
Rom und Jerusalem, die letzte Nationalitätsfrage (1862)	88
Theodor Hertzka	
Entrückt in die Zukunft. Sozialpolitischer Roman (1895)	98
Leberecht Migge	
Das grüne Manifest (1919)	107

Elfriede Friedländer	
Sexualethik des Kommunismus. Eine prinzipielle Studie (1920)	115
Bertolt Brecht	
Das Vorspiel (1944)	125
Heiner Müller	
Germania Tod in Berlin (1977)	135
Robert Havemann	
Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie (1980)	148
Uwe Wolff	
Papa Faust. Eine Idylle aus deutschen Landen (1982)	158
Petra K. Kelly	
Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei in eine grüne Zukunft (1983)	165
Robert Jungk	
Zukunft zwischen Angst und Hoffnung. Ein Plädoyer für die politische Phantasie (1990)	174
Sahra Wagenknecht	
Aufstehen. Eine Sammlungsbewegung (2018)	184
Anmerkungen	191
Bildnachweise	205
Namensregister	207

Vorwort

Widersetzliche Stimmen im breiten Strom des Mehrheitsdenkens

Was gemeinhin als »Utopien« bezeichnet wird, sind vornehmlich weit ausladende Staatsromane oder sozialpolitische Traktate, in denen gesellschaftliche Systeme dargestellt werden, wo an die Stelle der als verderblich, wenn nicht gar untergangreif empfundenen Zustände der eigenen Zeit wesentlich idealere Möglichkeiten des menschlichen Zusammenlebens anvisiert werden. Im Bereich der politischen Utopien seit der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart wird dabei meist auf jene Werke des englischen, französischen und amerikanischen Schrifttums hingewiesen, die aus der Feder von Thomas Morus, Francis Bacon, Étienne-Gabriel Morelly, Jonathan Swift, Denis Diderot, François de Fénelon, Louis-Sébastien Mercier, Charles Fourier, Robert Owen, Edward Bellamy, Edward Bulwer-Lytton, William Morris, Herbert George Wells, Aldous Huxley und Ernest Callenbach stammen, um nur die bekanntesten solcher Utopiker zu erwähnen. Hingegen werden im Bereich deutscher Autoren als ihnen entsprechende Werke – neben einigen sozialistischen Zukunftsentwürfen – oft nur Johann Gottfried Schnabels *Insel Felsenburg* (1731/43) und Theodor Hertzkas Utopieroman *Freiland* (1890) angeführt.¹

Das mag – im Großen und Ganzen gesehen – durchaus zutreffen. Aber gibt es neben solchen Staatsromanen und politischen Traktaten in all diesen Ländern nicht auch eine Fülle kleinerer, oft unbeachteter Schriften, deren gesellschaftsverändernde Konzepte ebenfalls ins Utopische vorstoßen? Auch sie sollten daher in Zukunft von der zünftigen Utopieforschung beachtet und auf ihre sinnstiftende Funktion überprüft werden. Da ihre Anzahl noch unübersehbarer ist als die der großen Staatsromane, können dazu in den folgenden, miniaturhaft angelegten Kapiteln dieses Buchs lediglich einige vereinzelte, auf das deutsche Schrifttum beschränkte Beispiele geboten werden. Allerdings wurden diese so ausgewählt, dass sie möglichst repräsentativ für bestimmte utopische Hoffnungen innerhalb der aufeinander folgenden Perioden der deutschen Geschichte seit der Frühaufklärung bis zur Gegenwart gelten können.

In der Ära der Aufklärung die erste »utopienae Zeit« im deutschsprachigen Bereich zu sehen, ist schon seit langem ein Gemeinplatz der historischen Utopieforschung.² Immer wieder hat man darauf hingewiesen, dass erst in diesem Zeitraum – im Gegensatz zu den erstarrten Formen des göttlich abgesegneten fürstlichen Absolutismus – der Glaube »an die Möglichkeit einer rationalen Gesellschaftsgestaltung« entstanden sei.³ Ob nun in den Schriften der sogenannten Popular-

philosophen oder der Freimaurer, in den Dramen Gotthold Ephraim Lessings, bei den Vertretern der Sturm-und-Drang-Bewegung, in den Traktaten Johann Gottfried Herders, den Romanen Christoph Martin Wielands und Jean Pauls bis hin zu dem Diktum Immanuel Kants, dass endlich jenes Zeitalter angebrochen sei, in dem sich die Menschheit aus ihrer »selbstverschuldeten Unmündigkeit« befreien werde,⁴ immer wieder wurden im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation seit der Mitte des 18. Jahrhunderts Stimmen laut, die wegen des Gegendrucks der dynastischen und klerikalen Gewaltherrschaft ihren zum Teil an englischen und französischen Vorbildern geschulten Proklamationen einen erst vorsichtig lavierenden, dann aber im Laufe der Zeit ständig nachdrücklicher werdenden rebellischen Ton verliehen.

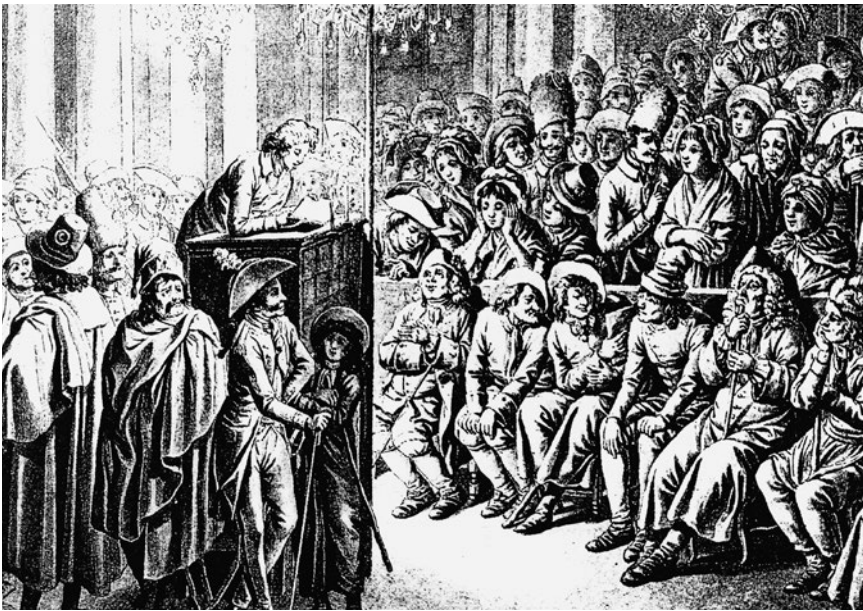


Abb. 1 Johann Jakob Hoch: Sitzung des Mainzer Jakobinerklubs (1793)

Ja, nach dem Ausbruch der Französischen Revolution von 1789 kam es sogar in manchen Ländern dieses in unzählige autonome oder halbautonome Territorien zersplitterten Reichs – unter Berufung auf die Parole »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« – zu jakobinischen, das heißt ins Republikanische drängenden Aufwallungen,⁵ die jedoch von den Mächten der Reaktion entweder blutig niedergeschlagen wurden oder angesichts der numerischen Schwäche der aufgeklärten Bevölkerungsschichten die Form ins Utopische übergehender Staatsromane annahmen, um nicht von vornherein auf die Hoffnung einer möglichen Beseitigung der verhassten absolutistischen

Gesellschaftsordnung zu verzichten. Als sich selbst diese Erwartungshaltung im Laufe der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts zu einer Illusion verflüchtigte, glaubten manche dieser Aufklärer zumindest in dem anfänglich als »Volksbefreier« empfundenen Napoleon Bonaparte eine neue antiabsolutistische Leitfigur zu sehen, was eine neue Welle utopischer Hoffnungen auslöste. Doch dessen im Laufe der Jahre ins Imperialistische tendierendes Auftreten sowie seine eigenmächtige Erhebung zum Empereur im Jahr 1804 enttäuschte sie so sehr, dass ihre diesbezüglichen Erwartungen zum Teil, wie im Fall Ludwig van Beethovens und Heinrich von Kleists, in einen tiefen antifranzösischen Hass umschlugen. Aber dieser Zorn löste zugleich eine neue Welle ins Utopische zielender Hoffnungen aus, da er im Anknüpfen gegen die französischen »Eindringlinge« zwangsläufig all jene Bestrebungen ins Nationalistische verstärkte, die in einem möglichen militärischen Befreiungskrieg zugleich einen nationaldemokratischen Freiheitskrieg sahen, der nach der im Jahr 1806 durch Napoleon durchgesetzten Auflösung des Heiligen Römischen Reichs Undeutscher Nation zur Gründung eines deutschen Einheitsstaats führen könne, in dem endlich Recht und Freiheit herrschen würden.⁶

Wie wir wissen, blieb auch diese utopische Hoffnung, die vor allem »Patrioten« wie den Freiherrn Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein, Ernst Moritz Arndt, Johann Gottlieb Fichte, Joseph Görres, Friedrich Ludwig Jahn, Friedrich Daniel Schleiermacher, die Urburschenschaftler sowie manche der preußischen Heeresreformer beseelt hatte, eine Illusion. Was die deutschen Fürsten – nach dem Sieg über Napoleon – 1815 auf dem Wiener Kongress entschieden, war weder die Rückkehr zu der »alten Freiheit der Germanen«, für die sich bereits Friedrich Gottlieb Klopstock und seine Anhänger im späten 18. Jahrhundert eingesetzt hatten,⁷ noch ein gesamtdeutscher Einheitsstaat, sondern ein relativ locker zusammenhängender Deutscher Bund von 39 souveränen Territorien, in denen der jeweils herrschende Fürst und nicht das deutsche Volk das Sagen hatte.

Und so trockneten auch die ins Deutschnationale zielenden Oasen der Utopie, wie schon die ins Jakobinische tendierenden Hoffnungen der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts, wieder aus. Was sich stattdessen verbreitete, war eine biedermeierlich gefärbte Restaurationsperiode, in der alle ins Freiheitliche drängenden Aspirationen gnadenlos unterdrückt wurden oder nur als sogenannte »Weltschmerz«-Stimmungen weiterexistieren konnten. Selbst die durch die Französische Revolution von 1830 geweckten jungdeutschen Bestrebungen, die ins Bürgerlich-Liberale tendierten und sich vornehmlich an den Schriften der nach Paris ausgewichenen Autoren Ludwig Börne und Heinrich Heine orientierten, wurden schon ab 1835 durch einen Bundestagsbeschluss strafrechtlich verfolgt.

Nicht viel anders erging es jenen deutschen Frühsozialisten, die wie Moses Hess, Karl Marx, Arnold Ruge und andere Rebellen, welche aufgrund der im Deutschen

Bund herrschenden Zensurmaßnahmen ebenfalls nach Frankreich geflohen waren und sich dort zum Teil Geheimgesellschaften wie dem »Bund der Geächteten« sowie dem »Bund der Gerechten« angeschlossen hatten.⁸ Auch sie konnten nur in Oasen der Utopie existieren, ohne groß in das deutsche Geistesleben eingreifen zu können. Erst die durch die französische Februarrevolution ausgelöste deutsche Märzrevolution von 1848 erlaubte ihnen die Rückkehr nach Deutschland. Doch ihre dortigen Aktivitäten scheiterten ebenso sehr wie die Bemühungen der in der Frankfurter Paulskirche tagenden Nationalversammlung, die 39 Länder des Deutschen Bundes unter einem preußischen Erbkaisertum zu vereinigen. Sogar diese Bestrebungen blieben Vorstöße ins Unerreichbare, wonach, wie nach dem Wiener Kongress von 1815, erneut eine Phase reaktionärer Verdrängungsmaßnahmen begann, für die sich der Begriff »Nachmärz« eingebürgert hat.



Abb. 2 Die Abgeordneten der sogenannten Linken der Frankfurter Nationalversammlung (1848), u. a. Jacob Venedey, Arnold Ruge, Robert Blum, Carl Vogt und Hugo Wesendonck

Eine neue Ära nationalbetonter Hoffnungen setzte erst wieder in den sechziger Jahren ein. Abermals ging sie von Preußen aus, wo der eigenmächtig auftretende Ministerpräsident Otto von Bismarck immer stärker auf eine Auflösung des Deutschen Bunds drängte, indem er 1866 erst in einer Art Blitzkrieg Österreich besiegen ließ und dann den fast halb Deutschland umfassenden Norddeutschen Bund gründete. Er wurde dabei sowohl von den preußischen Rhein-Ruhr-Industriellen als auch den bürgerlichen Nationalliberalen und sogar dem »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein« unterstützt, welche sich durch die in diesen Jahren einsetzenden ersten wirtschaftlichen Hochkonjunkturphasen ebenfalls in ihrer preußischen Überlegenheitspose bestärkt fühlten. Aufgrund dieser Stimmungslage entfesselte Bismarck als geschickt taktierender Realpolitiker schließlich im Jahr 1870 einen gesamtdeutschen Angriffskrieg gegen die seit den Befreiungskriegen als »Erbfeinde« Deutschlands geltenden Franzosen, der nach seiner siegreichen Beendigung zu der von ihm im Spiegelsaal zu Versailles arrangierten Proklamation des preußischen Königs zum deutschen Kaiser führte.

Und damit wurde die seit Jahrzehnten immer wieder unerfüllt gebliebene Utopie einer deutschen Reichseinigung endlich Wirklichkeit. Aber in welcher Form? Schließlich unterdrückte Bismarck im Zuge seiner realpolitischen Saturiertheitsbemühungen, die zu einer »inneren Stärkung« des von ihm gegründeten Reichs beitragen sollten, in den folgenden Jahren nicht nur die Sonderwünsche der katholischen Centruspartei sowie die rebellischen Tendenzen der 1869 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei, sondern zum Teil auch die ihn bisher unterstützenden bürgerlichen Nationalliberalen und bekannte sich immer nachdrücklicher zu einer preußisch-protestantischen Junkermentalität. Das gab ihm zwar – aufgrund der durch die Reichsgründung ausgelösten nationalen Hochstimmung innerhalb breiter Bevölkerungsschichten – eine geradezu unbeschränkte Machtposition, führte aber im Laufe der Jahre auch zu ständig stärker werdenden ideologischen Gegenströmungen, die sich unter dem Zweiten Kaiserreich nicht nur ein preußisches Erb-kaiserregime vorgestellt hatten.

Vor allem nach der im Jahr 1890 von dem jungen Kaiser Wilhelm II. erzwungenen Entlassung Bismarcks als Reichskanzler setzte darauf eine ideologische Gemengelage ein, die höchst verschiedene Formen annahm. Während sich die gehobene und gebildete Bourgeoisie weitgehend in den Innenraum einer »machtgeschützten Innerlichkeit« zurückzog, das heißt einem ins ideologisch Unverbindliche tendierenden Subjektivismus sowie einer Vorliebe für betont modernistische Kunstströmungen wie den Impressionismus und den Jugendstil huldigte,⁹ kam es selbst im Rahmen der zuvor höchst rebellisch aufgetretenen Sozialdemokratischen Partei wegen der immer günstiger werdenden Wirtschaftsbedingungen zu jenem Revisionismus, der auf die meisten der bisher vertretenen Umsturzbestrebungen verzichtete und sich vornehmlich einen größeren Anteil an den industriellen Gewinnen versprach.¹⁰

So viel erst einmal – in gebotener Kürze – zu den zwei neben den wilhelminischen Führungsschichten bedeutsamsten gesellschaftlichen Gruppierungen. Doch wie verhielt sich eigentlich das sogenannte mittlere Bürgertum den sich rapide verändernden wirtschaftlichen Wandlungsprozessen gegenüber, durch die Deutschland in der Weltrangliste der führenden Industriestaaten in diesem Zeitraum schließlich im Jahr 1913 – nach den USA – den 2. Platz einnehmen konnte? Etwas pauschalisierend lässt sich dazu Folgendes sagen: Die auf eine Änderung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse drängenden Theoretiker dieser Bevölkerungsschicht spalteten sich in eine Fülle miteinander konkurrierender, das heißt teils reformbetonter, teils widersetzlicher Gruppen auf, die geradezu unübersehbar ist, während sich die mit den neuen Zuständen übereinstimmenden Schichten weitgehend »saturiert« gaben und von vornherein auf irgendwelche ins Utopische übergehenden Intentionen verzichteten.

Die bürgerlich-reformbetonten Kreise begrüßten die industrielle Modernisierung meist rückhaltlos und versuchten sie lediglich durch einen Verzicht auf eine vornehmlich profitorientierte Gewinnjagd in eine humanere Richtung umzulenken. Sie entwarfen daher – unter Berufung auf ausländische Utopiker wie Étienne Cabet, Charles Fourier und Robert Owen – durchaus futuristisch klingende Projekte weiträumiger Koloniebildungen oder gar Staaten,¹¹ in denen trotz aller technischen Modernisierung und subjektiver Selbstverwirklichung ein genossenschaftlicher Gemeingeist herrschen würde, weil man dort auf die kapitalistische Ausbeutung der finanziell Mittellosen verzichten könne.¹² Dafür sprechen nicht nur Theodor Hertzka und Kurd Laßwitz' damals viel gelesene Utopieromane, sondern auch die sich auf eine »Besitzreform« berufenden Siedlungskonzepte Franz Oppenheimers, Gustav Lilienthals und Gustav Landauers,¹³ die zum Teil sogar zu Koloniebildungen wie der »Obstbaukolonie Eden« sowie der Siedlungsgenossenschaft »Freie Scholle« führten.

Die Utopieentwürfe jener ideologischen Vordenker der Zeit um 1900, denen es weniger um wohlgemeinte Reformen als um eine grundsätzliche Neu- oder Umgestaltung der damals herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse ging, fassten dagegen in dieser Hinsicht wesentlich radikalere Vorstellungen ins Auge. Während sich die eher reformbetonte Richtung innerhalb dieser Utopiebildungen relativ leicht auf einen Nenner bringen lässt, ist in diesem Umkreis die Vielzahl ideologischer Intentionen kaum zu überschauen. Da wären erst einmal jene Gruppen, die sich seit den siebziger/achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts aus Abneigung gegen das von ihnen als »unnatürlich« empfundene Großstadtleben und seine nervenschädigenden Auswirkungen der sogenannten Lebensreform-Bewegung anschlossen. Ihre Hauptvertreter waren anfänglich vor allem Martin Atlas, Eduard Baltzer, Friedrich Eduard Bilz, Karl Gräser, Hans Hardt, Leopold Heller und Sebastian Kneipp, die in ihren theoretischen Traktaten oder auch Zukunftsromanen eine Lebensweise

propagierten, die auf alle technischen Errungenschaften verzichtet und sich vornehmlich um die Gesunderhaltung des menschlichen Körpers durch ausgedehnte Wanderungen in der Natur, vegetarische Kost, kalte Duschen, nackte Sonnenbäder, leichte Gartenarbeit sowie eine ungezwungene Kleidung bemüht. Das wurde zwar von vielen wilhelminischen Bürgern belächelt, ist aber in seiner Fernwirkung bis heute kaum zu unterschätzen.¹⁴

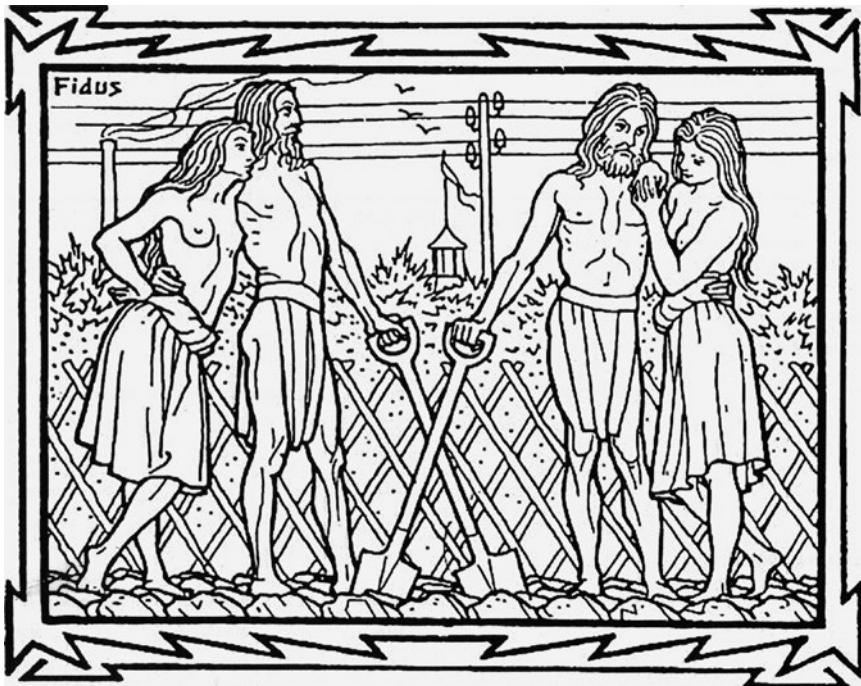


Abb. 3 Fidus: Kommune (1912)

Das Gleiche gilt für die um 1900 unter dem Einfluss von Ernst Rudorff und Paul Schultze-Naumburg entstandene Heimatschutz-Bewegung, die nicht nur aus ästhetischen Gründen für die Erhaltung der wohlgefälligen deutschen Wälder und Naturdenkmäler eintrat, sondern sich zugleich mit ökologischer Besorgtheit gegen die durch die fortschreitende Industrialisierung verursachte Verschmutzung der Flüsse, die Zunahme gefährlicher Abgase sowie die allgemeine Vermüllung wandte,¹⁵ was ebenfalls nicht vergessen werden sollte. Etwas problematischer wirken dagegen manche Schriften jener sich ebenfalls als ideologische Vordenker ausgebenden Vertreter der Heimatkunst-Bewegung, die in ihrem Hass auf das städtische »Unwesen« eine totale Verwerfung aller technischen Errungenschaften propagierten und stattdessen

eine Rückkehr zum schollebewussten Bauerntum forderten, was in seiner deutschvölkischen Gesinnung bereits ins Präfaschistische tendierte.

Ähnliche Tendenzen herrschten in einem noch stärkeren Maße in den Schriften jener um die Jahrhundertwende als Utopiker auftretenden Rassentheoretiker, wie Houston Stewart Chamberlain, Theodor Fritsch, Georg Hauerstein, Willibald Hentschel, Jörg Lanz von Liebenfels, Guido von List, Wilhelm Schwaner, Ernst Wachler und Ludwig Wilser, von denen einige bereits an die späteren »Lebensborn«-Anstalten erinnernde ländliche Zuchtkolonien propagierten, die sich ausschließlich der Zeugung arischer Nachkommen widmen sollten,¹⁶ um so eine Vorherrschaft der nordischen Rasse über alle anderen Völker der Welt zu ermöglichen. Nicht viel anders argumentierte eine Reihe jener Vertreter einer imperialistischen Stimmungsmache, die sich als Teil einer »Völkischen Opposition« verstanden.¹⁷ Auch ihnen erschien das Zweite Kaiserreich nicht militant, nicht rassebewusst genug. Das gilt vor allem für viele Angehörige des »Alldeutschen Verbands« wie Heinrich Claß, Ernst Hasse, Ludwig Kuhlenbeck und Joseph Ludwig Reimer, die ebenfalls von einem nordischen »Stammesreich« der Zukunft schwärmten, in dem sich alle Völker germanischen Bluts der deutschen Oberhoheit unterordnen würden. Sie bekannten sich daher in den Jahren nach 1900 immer stärker zu einem Imperialismus, der in einer »Civitas germanica«, einem »Pangermanischen Reich deutscher Nation«, wenn nicht gar einem erhofften »Dritten Reich« kulminieren würde.¹⁸

Wie viele dieser Gesinnungsaufwallungen beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs in die von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung geteilte chauvinistische Begeisterungswelle einmündeten, ist hinlänglich bekannt. Es gab zwar unter den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Linksliberalen einige Kriegsgegner, aber ihre Stimmen verhallen fast ungehört. Erst als die anfänglichen Siegeshoffnungen in den Jahren 1916/17 allmählich schwächer wurden, wagten einige Vertreter des Spartakusbunds und der Unabhängigen Sozialdemokraten mit partisanenhaftem Mut gegen die Fortführung der sinnlos gewordenen mörderischen Grabenkämpfe zu opponieren und sich zu der Utopie zu bekennen, dass dieser Krieg der letzte aller möglichen Kriege sein müsse, was in der Nachfolge der russischen Oktoberrevolution von 1917 nur durch eine sozialistische Weltrevolution zu erreichen sei.

Als es daher 1918 in Deutschland tatsächlich zur sogenannten Novemberrevolution kam, war deshalb an sich ins Utopische überschlagenden Manifesten, Proklamationen und rebellisch auftretenden Gruppenbildungen kein Mangel. Der Spartakusbund, die Münchner Räte-sozialisten, die Soldaten- und Arbeiterräte, die Anarchisten, die Expressionisten und Dadaisten, fast alle bekannten sich zu gewalt-samen Umsturz-bemühungen, auf die ein Zustand der Völkerfreundschaft und sozio-ökonomischen Neuordnung folgen sollte, in dem an die Stelle der bisherigen, auf dem Prinzip der Ausbeutung beruhenden Klassengesellschaft ein sozialistischer



Abb. 4 Conrad Felixmüller: Menschen über der Welt. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (1919)

Gemeingeist herrschen würde.¹⁹ Da jedoch sowohl die meisten der kriegsmüden Soldaten als auch die Mehrheit der noch immer in der älteren Untertanenmentalität befangenen Bevölkerungsschichten ihnen nicht folgte, gelang es den Mehrheitssozialdemokraten unter Friedrich Ebert, nach der Niederschlagung vereinzelter Aufstände schon nach wenigen Wochen und Monaten erneut für »Ruhe und Ordnung« zu sorgen und jene Weimarer Republik zu gründen, in der zwar die frühere wilhelminische Führungsschicht viel von ihrem ehemaligen Einfluss einbüßte, aber von den ins Sozialistische drängenden Hoffnungen der Novemberrevolution nicht viel übrig blieb.

Was daher in den Jahren nach 1923 folgte, war eine hochkapitalistische Prosperitätsphase, in der Deutschland wiederum zur zweitstärksten Industrienation der Welt aufstieg und in der jener fordistische Geist der »Neuen Sachlichkeit« dominierte, durch den die zuvor gehegten Hoffnungen auf eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung zusehends abebbten. Weil jedoch die damit verbundenen Erwartungen auf eine nicht aufzuhaltende Wohlstandssteigerung durch die im Jahr 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise jäh unterbrochen wurde, kam es darauf – trotz aller relativ unwirksamen »Notverordnungen« – zu einer sich ins Millionenfache ausweitenden Arbeitslosigkeit, die zwangsläufig neue ideologische Konfrontationen auslöste.

Vor allem die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), in denen die Vertreter der bisherigen Regierungskoalitionen lediglich unbedeutende Splitterparteien gesehen hatten, stiegen in dieser Krisensituation plötzlich zu beachtlichen Machtblöcken auf, die mit ins Utopische übersteigerten Programmen die verunsicherten breiten Massen hinter sich zu vereinigen suchten. Die Kommunisten, denen sich viele der früheren Novemberrevolutionäre und linksliberalen Partisanen anschlossen, beschworen ihre Anhänger, sich in ihren Hoffnungen auf eine durchgreifende Änderung der sozioökonomischen Bedingungen vor allem am Leitbild der Sowjetunion als einem »Staat ohne Arbeitslose« zu orientieren.²⁰ Die Nazifaschisten griffen dagegen in ihren programmatischen Erklärungen vornehmlich auf die Anschauungen der »Völkischen Opposition« des Zweiten Kaiserreichs zurück, indem sie vornehmlich jene populistischen Klischees reaktivierten, in denen schon damals von einem Dritten Reich der völkischen Stärke die Rede gewesen war, was sich als so effektiv erwies, dass sie geradezu über Nacht zur stärksten Reichstagsfraktion aufstiegen.

Dennoch erschien der zu diesem Zeitpunkt amtierenden Reichsregierung die Gefahr von links wesentlich bedrohlicher als die von rechts. Daher beschworen die deutschnational eingestellten Großindustriellen und preußischen Junker den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, nach längerem Zögern endlich jenem redengewaltigen, zur Ausschaltung aller »fremdartigen Außenseiter« entschlossenen Adolf

Hitler, dem Führer der NSDAP, die Macht zu übergeben, um Deutschland vor einer möglichen »Bolschewisierung« zu bewahren. Und damit begann am 30. Januar 1933 jenes Dritte Reich, in dem – nach einer rücksichtslosen Liquidierung aller widergesetzlichen Partisanen und Partisaninnen – ein völkischer Einheitswille herrschen sollte. All jene, die von dieser Parteilinie abwichen und weiterhin irgendwelche Linkstendenzen vertraten, wurden deshalb, wie die Strasser- und Röh- Anhänger, kurzerhand ermordet. Ebenso brutal verfuhr man mit manchen Vertretern der Bekennenden Kirche, Jehovas Zeugen, Homosexuellen und linken Widerständlern, die in Konzentrationslager überführt wurden oder später, wie die Juden, Roma und Sinti, in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern ihr Leben lassen mussten.

Was demzufolge als ideologisches Gesamtkonzept übrigblieb, war lediglich der immer wieder beschworene »Führerwille«, dem sich alles andere unterzuordnen hatte. Von einer klar definierten Weltanschauung oder gar einer in die Zukunft weisenden Utopie war daher keine Rede mehr. Außer einem rabiaten Antisemitismus und Antikommunismus sowie irgendwelchen imperialistischen »Lebensraum«-Vorstellungen begnügten sich die meisten NS-Ideologen fast ausschließlich mit realpolitischen Taktiken. Mal war in ihren Proklamationen von einer Rückkehr zu Blut und Boden, mal von einer steigenden Hochindustrialisierung, mal von der Arbeiterwohlfahrt, mal von einer nordischen Elite die Rede, ohne dass dabei eine klar erkennbare parteipolitische Linie zu erkennen war.

Begriffe wie »Revolution« oder »Utopie« wurden deshalb im Nazijargon stets vermieden. Stattdessen sprach man lieber von einer Rückbesinnung auf die Werte »unserer ruhmreichen Vergangenheit«, wobei meist der heroische Aspekt dominierte. Als daher Joseph Goebbels, der maßgebliche Minister für ideologische Propaganda, im April 1940, also kurz nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, gefragt wurde, worin denn die Utopie des Nationalsozialismus eigentlich bestehe, antwortete er bewusst ausweichend, dass es jetzt erst einmal zu siegen gelte, dann werde man weitersehen.²¹ Von wenigen Widerstandskämpfern und kämpferinnen wie den Vertretern der »Roten Kapelle«, der Baum-Gruppe, dem Kreis um die Geschwister Scholl und den Männern des 20. Juli 1944 einmal abgesehen, vertraute darauf die Mehrheit der Deutschen dieser Parole und arbeitete und kämpfte weiterhin bis zum Ende dieses Kriegs, ohne groß aufzumucken.

Demzufolge herrschte in der unmittelbaren Nachkriegszeit in ideologischer Hinsicht erst einmal ein dumpfes Schweigen vor. Die vier Besatzungsmächte setzten zwar ein umfassendes Entnazifizierungsprogramm in Gang, doch wirklich scharf wurde es lediglich in der Sowjetzone durchgeführt, weshalb die aus dem Exil zurückkehrenden linken Antifaschisten weitgehend in diese Zone gingen.²² Ja, selbst jene Exilanten, die wie Stephan Hermlin, Stefan Heym, Wolfgang Langhoff und Hans Mayer erst einmal in eine der westlichen Besatzungszonen gegangen waren, ver-

ließen diese nach Ausbruch des Kalten Kriegs zwischen den USA und der UdSSR und wechselten in der Hoffnung, dass es rechts der Elbe zu einem ideologischen Umschwung kommen würde, in die Sowjetische Besatzungszone über. Doch mit ihrem Programm einer durchgreifenden Sozialisierung stieß die von den Sowjets unterstützte Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) bei der Mehrheit der noch in bürgerlich-liberalen oder postfaschistischen Gesinnungen befangenen Bevölkerung zusehends auf Widerstand, während die Rückkehr zu kapitalistischen und formaldemokratischen Zuständen in der westlichen Trizone weitgehend begrüßt wurde und schnell zu einer ideologischen Einheitsstimmung führte.

Und so blieb es auch nach der im Jahr 1949 erfolgten Teilung des deutschen Restterritoriums in die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Im Osten bewirkten die von der SED-Regierung verfügbaren Sozialisierungsmaßnahmen einen solchen Unmut, dass eine ständig zunehmende Republikflucht einsetzte, die erst 1961 durch den Bau der Berliner Mauer aufgehalten wurde. Im Westen kam es dagegen mit Hilfe des amerikanischen Marshall-Plans zu dem bekannten Erhard'schen Wirtschaftswunder, das der rechts-konservativen Christlich-Demokratischen Union (CDU) unter Konrad Adenauer bei den im Jahr 1956 stattfindenden Wahlen die absolute Mehrheit verschaffte. Lediglich die von dieser Partei angestrebte Ausstattung der von ihr einberufenen Bundeswehr mit atomaren Waffen bewirkte einige Protestaktionen, die aber schnell wieder verstummten, da selbst die bisher relativ widersetzlich aufgetretenen Sozialdemokraten 1959 in ihrem »Godesberger Programm« sowohl ihre sozialistischen Forderungen als auch ihre ehemalige Ablehnung der Wiederbewaffnung aufgaben.

Daher verliefen die frühen sechziger Jahre in beiden deutschen Staaten – bedingt durch die Abriegelung der DDR und das weiter anhaltende Wirtschaftswunder in der BRD – relativ ruhig. Im Osten rebellierten zwar einige Widerständler gegen den scharfen Kurs Walter Ulbrichts und im Westen trat eine Reihe oppositionell gesinnter Autoren wie Rolf Hochhuth und Peter Weiss für eine in den fünfziger Jahren ausgebliebene Bewältigung der nazifaschistischen Vergangenheit ein oder bekannte sich wie Günter Grass und Martin Walser zu der von Willy Brandt ausgegebenen Parole »Mehr Demokratie wagen!«, was jedoch keine Massenbewegung in Gang setzte und so der SPD nicht zu den erhofften Wahlerfolgen verhalf. Aber dann trat in der BRD im Jahr 1966 plötzlich etwas ein, was fast niemand vorhergesehen hatte, nämlich eine Wirtschaftskrise, die in ihren Auswirkungen wie im Jahr 1929 wieder einmal bewies, wie stark die jeweilige ideologische Stimmungslage weniger von irgendwelchen parteipolitischen Verlautbarungen als von bestimmten sozioökonomischen Wandlungen abhängt.

Obwohl die unmittelbaren Folgen dieser Wirtschaftskrise keineswegs so drastisch ausfielen wie in der späten Weimarer Republik, führten sie zu einem Angstzustand,

dem die CDU mit einer Reihe sogenannter Notstandsgesetze entgegenzutreten versuchte, ja sie sogar dazu bewegte, mit der SPD eine Große Koalition einzugehen. Das irritierte zwar die weiterhin wirtschaftswunderlich eingestellten Schichten der Bevölkerung nicht besonders, führte aber unter den mit einer höheren Bildung versehenen Jugendlichen zu einer Protestbewegung, die sich als Außerparlamentarische Opposition, kurz: APO genannt, ausgab.

Das Charakteristische dieser spontanen Aufwallung, die heute meist als die Achtundsechziger-Bewegung bezeichnet wird, war, dass sie von vornherein keine ideologische Einheitsfront bildete, sondern aus einer Reihe höchst unterschiedlicher politikkultureller Gruppen bestand, deren Widersetzlichkeit sowohl überpersönliche als auch höchst individuelle Antriebsimpulse zugrunde lagen. Da gab es Marxisten, Anarchisten, Vietnamkriegsgegner, auf studentische Mitverwaltung Drängende, radikale Feministinnen, Beatles-Schwärmer, Hippies und Sexrebellen, die sich in Aktionskreisen, Roten Zellen, Selbsterfahrungsgruppen und Kommunen zusammenschlossen, ihre Manifeste in Zeitschriften wie *Kursbuch*, *Alternative* und *Argument* veröffentlichten oder einfach einmal auf die Pauke hauen wollten.²³ Neben Verbänden, welche wie die »Werkkreise« sogar das Proletariat für ihre Absichten zu gewinnen suchten, herrschten daher bei vielen Gruppen dieser Art Zielsetzungen



Abb. 5 Rudi Dutschke spricht auf dem FDP-Bundesparteitag in Freiburg zu Jungdemokraten (29. Januar 1968)

vor, die vornehmlich der von Herbert Marcuse ausgegebenen Randgruppenstrategie folgten. Und so entstanden zwar einige Oasen der Utopie, die jedoch von der Mehrheit des systemhörigen Bürgertums weitgehend abgelehnt wurden. Als daher die Wirtschaftskrise der späten sechziger Jahre wieder abklang sowie die Attentate der »Roten Armee Fraktion« die antilinken Affekte breiterer Bevölkerungsschichten zusehends verstärkten, war es für die inzwischen regierende SPD/FDP-Koalition schon um 1973/74 ein Leichtes, durch einen sogenannten Radikalenerlass und die damit verbundenen Berufsverbote die gesellschaftskritischen Bestrebungen der Achtundsechziger wieder größtenteils zu unterdrücken.

Doch ganz so glatt verlief dieser Prozess dann doch nicht, da die Ölkrise der frühen siebziger Jahre sowie das Buch *Die Grenzen des Wachstums* (1972) von Dennis L. Meadows plötzlich eine Welle ökologischer Befürchtungen auslösten, die nicht so leicht zu unterdrücken waren.²⁴ Deshalb kam es in den folgenden Jahren erneut zu einer Reihe systemkritischer Gruppenbildungen, die sich erst als die Alternativen, dann als die Bunten und schließlich als die Grünen ausgaben. Ihnen schloss sich neben den mehr oder minder radikal gesinnten Naturschützern auch eine stattliche Anzahl der inzwischen ideologisch heimatlos gewordenen Achtundsechziger an. Ja, diese Gruppen wurden in den frühen achtziger Jahren, als sich die vorübergehend abgeschwächte Kalte-Kriegs-Stimmung aufgrund der amerikanischen Hochrüstungsprogramme wieder deutlich verschärfte, durch die dagegen auftretende Friedensbewegung von Jahr zu Jahr immer größer. Und das bewirkte ein immer enger werdendes Bündnis zwischen den zahllosen Pazifisten, den Atomkraftgegnern und den sogenannten Fundis unter den Grünen. Als Redner und Rednerinnen zeichneten sich bei diesen Protestaktionen gegen den Bau neuer Atomkraftwerke sowie die Stationierung amerikanischer atomarer Waffensysteme vor allem Robert Jungk und Petra K. Kelly aus, was schließlich dazu führte, dass die Grünen als neue Partei 1983 sogar in den Bundestag einziehen konnten. Damit war aus einer Oase der Utopie, die sich eine gewaltlose Zukunft erhoffte, eine relativ breite Massenbewegung geworden.

Dass diese Partei in der unmittelbaren Folgezeit nicht weiter answoll, hatte zwei Gründe: Erstens verstieß das von manchen Fundis innerhalb der Grünen zum Schutz der Natur verkündete Postulat einer asketischen Bedürfnislosigkeit gegen die kapitalistische Konsumbetriebsamkeit, zweitens kam es nach dem 1989 erfolgten Zusammenbruch des Ostblocks und der sich daraus ergebenden Wiedervereinigung Deutschlands zu einem ideologischen Umschwung der öffentlichen Meinungsbildung in eine selbstgefällige Siegermentalität, was bewirkte, dass viele Bundesbürger und -bürgerinnen meinten, im Zuge einer neoliberalen Globalisierung – trotz vieler weiter bestehenden nationalen und religiösen Konflikte – auf irgendwelche andersgearteten Zukunftserwartungen verzichten zu können. Jetzt herrsche nicht mehr die Politik, hieß es plötzlich in zahlreichen wirtschaftspolitischen Proklamationen, son-

dern der »Markt«. Und damit sei – nach der Überwindung der Bedrohung durch den Kommunismus – der Verlauf der menschheitlichen Geschichte endlich zu einem sinnvollen Abschluss gekommen.

Im Gefolge von Francis Fukuyama war daher in den frühen neunziger Jahren nicht nur in den USA, sondern auch im wiedervereinigten Deutschland viel vom »Ende der Geschichte« der Rede.²⁵ Der Begriff einer über die jeweiligen gesellschaftlichen Zustände hinausweisenden »Utopie« wurde deshalb fortan in den gängigen Lexika und Wörterbüchern nur noch als »nichtrealisierbarer Traum« oder gar als »Hirngespinnst« definiert. Das Gleiche gilt für einige zu diesem Zeitpunkt in der BRD erschienene Bücher wie *Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters* (1991) von Joachim Fest oder *Das Ende eines Traumes. Blick zurück ins utopische Zeitalter* (1993) von Michael Winter, in denen, wie schon in den Schriften mancher Theoretiker der Postmoderne der achtziger Jahre, das Phänomen des Utopischen nur noch als ein Relikt der Vergangenheit hingestellt wurde.

Doch eine solche Sicht der inzwischen eingetretenen Verhältnisse stieß bei einigen weniger systemverhafteten Gesellschaftswissenschaftlern anfangs durchaus auf Widerstand. So wandte sich Richard Saage, einer der wichtigsten Utopieforscher dieser Ära, schon 1991 gegen die in der nationalen Hochstimmung der Wiedervereinigung aufgekommene Tendenz, »das utopische Denken, wie es heute üblich geworden sei, einfach zu verabschieden.«²⁶ Und auch andere Sozialtheoretiker wie Ralf Dahrendorf warnten zum gleichen Zeitpunkt davor, nicht unbekümmert darauf zu vertrauen, dass nun das »goldene Zeitalter des Kapitalismus« angebrochen sei, sondern zu bedenken, dass viele gesellschaftspolitische Zustände weiterhin verbessert werden müssten.²⁷ Ähnlich drückte sich Johano Strasser 1990 in seinem Buch *Leben ohne Utopie?* aus, in dem er erklärte, dass durch den Wegfall der bisherigen ideologischen Konfrontationen plötzlich ein bedauerliches »Vakuum der Utopie« eingetreten sei.²⁸ Ja, Rolf Schwendtner schrieb 1994 in dem Buch *Utopie. Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff* sogar, dass man in Zukunft nicht nur auf die gängige »Marktlogik« vertrauen solle, sondern im Gefolge der prozessualen »Vorschein«-Theorien von Ernst Bloch auch die Utopie als Korrektur des jeweiligen Status-quo-Denkens der durch die Massenmedien beeinflussten Mehrheit der Bevölkerung nicht vergessen dürfe.²⁹

Doch solche Stimmen wurden in der Folgezeit allmählich seltener. Trotz aller sich deutlich abzeichnenden ökologischen Gefahren, trotz der sich verschärfenden sozialen Ungleichheit und trotz des zunehmenden Energieverbrauchs siegte letztlich ein parteipolitisch gesteuertes Mehrheitsdenken, das sich für die Beibehaltung einer antiutopischen, das heißt in die Zukunft verlängerten Gegenwart einsetzte. Daran änderten weder die Bemühungen um eine neue Leitkultur oder die Vorschläge der verschiedenen parteiamtlichen Wertekommissionen noch gewisse »Greenpeace«-Aktionen, die »Fridays for Future«, die Sammlungsbewegung »Aufstehen« und

ähnliche Initiativen, so widersetzlich sie sich auch gaben, wenig oder nichts. Was als bestimmende Ideologie vorherrschend blieb, war stets ein als rechtsstaatlich ausgegebenes Pluralismuskonzept, das zwar zu einer Erweiterung vieler subjektiver Freiräume beitrug und auch einige ökologische Reformen in Gang setzte, aber keine grundsätzliche Veränderung der sozioökonomischen Grundlagen des bestehenden Systems bewirkte.

Und so blieb die Bundesrepublik auch weiterhin ein konsum- und exportbetonter Industriestandort, in dem 1 Prozent der Bevölkerung über fast 50 Prozent des Volksvermögens und 50 Prozent der Bevölkerung über 1 Prozent des Volksvermögens verfügen. Dennoch wird dieser Zustand von führenden Soziologen unter formaldemokratischer Perspektive meist als eine subjektbetonte »Gesellschaft der Singularitäten« ausgegeben,³⁰ während von der Möglichkeit einer gesamtgesellschaftlichen Solidarität oder gar einem utopischen Vorgriff auf eine sozial gerechtere und zugleich ökologisch nachhaltigere Zukunft fast nur noch in gesellschaftlichen Randgruppen die Rede ist. Folgen wir daher lieber den Letzteren als dem in den Massenmedien verkündeten selbstgefälligen Mehrheitsdiskurs. Schließlich hat einer der bedeutendsten Soziologen der Bundesrepublik, nämlich Jürgen Habermas, bereits 1985 in seiner Broschüre *Die neue Unübersichtlichkeit* im Hinblick auf eine progressionslose Einstellung der Zukunft gegenüber erklärt: »Wenn in einer Gesellschaft die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste von Banalität und Ratlosigkeit aus.«³¹

Irenaeus Hygiophilus

Daß denen Männern keine Herrschafft über ihre Weiber gebühre (1727)

I.

Im Jahr 1727 kam beim Buchhändler Mathias Wolff in Augsburg folgender dickleibiger Band heraus, der inzwischen zu den Rarissima der Antiquariate und öffentlichen Bibliotheken gehört: **Etwas Nagel-Funckel-Neues** Auß dem Stuttgartischen Journal / Und **Kontroversisten=Spital** / Dessen Bresthafftem Censori Über **Politicam Catholicam** *Timothei Caesarini Basilij*, Theol. Quondam Lect. Verbiqne Praeconis, (**Von denen Vortheilen Grosser Herrn und Potentaten** auß dem Catholischen Glauben / etc.) Die Pulß gefühlet / und etliche heylsame Artzney=Mittel verschrieben werden / durch **Irenaeum Hygiophilum, des Prytanei zu Bethesda** / Physicum Extraordinarium: *Timothei Caesarini Basilij* rechten Vatters Ehleiblichen Sohns Bruder. J. D. K. Es wird auch auß Anlaß und Gelegenheit der Einwürffe / von Pag. 125. an biß 164. weitläuffig aus Göttlichen Rechten erwiesen: Daß denen Männern keine Herrschafft über ihre Weiber gebühre. **Mit Genemhaltung einer Hohen Geistlichen Obrigkeit.**

Das klingt heutzutage auf Anhieb erst einmal verwirrend, wenn nicht gar abstrus. Doch solche weitschweifigen Titel waren im Heiligen Römischen Reich im frühen 18. Jahrhundert bei sich »gelahrt« gebenden Büchern im Hinblick auf den kleinen Kreis humanistisch gebildeter Leser durchaus üblich. Wer ein solches Buch überhaupt zur Hand nahm, wusste genau, was mit dem »Stuttgartischen Journal« und dem Buch »**Politicam Catholicam**« gemeint war, wer sich hinter den Autoren Timotheus Caesarinus Basilius sowie Irenaeus Hygiophilus verbarg und wen der Autor als »Bresthafften Censor« bloßstellen wollte. Aber wir? Was soll uns ein solches, offenbar höchst skurriles, in journalistische Streitigkeiten verstricktes Buch von anno dazumal heute noch? Ist es den Schweiß der Gelehrten wert, sich überhaupt noch damit zu beschäftigen? Was interessieren uns denn weiterhin theologische Debatten aus dem frühen 18. Jahrhundert, die auf den ersten Blick längst überfällig zu wirken scheinen? Doch halt, schließlich taucht gegen Ende der weitläufigen Titelei plötzlich der Satz auf: »Daß denen Männern keine Herrschafft über ihre Weiber gebühre«, den man in diesem Kontext gar nicht vermutet hätte und der eher an das Vokabularium der feministischen Bewegung des 20. Jahrhunderts erinnert. Wollte sich damit sein Autor 1727 lediglich einen Witz erlauben oder war es ihm mit einer solchen Behauptung im Rahmen der frühaufklärerischen Tendenzen dieser Zeit wirklich ernst? Träfe Letzteres zu, sollte man diese Stimme keineswegs überhören.

Doch erst einmal zu der Frage: Wer ist denn eigentlich der Autor dieses Buchs, der sich auf dem Titelblatt als Humanist Irenaeus Hygiophilus, das heißt als des »rechten Vatters Ehleiblicher Sohns Bruder Timotheus Caesarinus Basilius« ausgibt und dann die Buchstaben J. D. K. folgen lässt? Erst seit kurzem weiß man, dass sich dahinter ein gewisser Johann Daniel Kutte oder besser Kuttge verbirgt,¹ der 1714 als protestantischer Student an der Universität Tübingen mit einer Disputatio über die *Creatione mundi* promoviert hatte und dann zum katholischen Glauben übergetreten war. Doch das hilft uns auch nicht viel weiter. Wichtig ist lediglich, dass es sich bei dem hier ins Auge gefassten Konvolut um eine satirisch gehaltene Verteidigungsschrift des Buchs *Politica Catholica. Das ist: Grosser Herren und Potentaten Vortheile Von dem Catholischen Glauben* (1726) des besagten Basilius handelt, das in dem von Heinrich Müller herausgegebenen *Stuttgartischen Journal* von Christoph Matthäus Pfaff, dem Kanzler der Tübinger Universität,² scharf angegriffen worden war. Pfaff hatte sich gegen die in diesem Band vertretene These gewandt, dass die katholischen Potentaten in vielerlei Hinsicht nicht so orthodox eingestellt seien wie die protestantischen. »Wir Catholischen«, heißt es daher im Hauptteil der von Hygiophilus vorgebrachten Antikritik, seien dagegen, dass die protestantischen Könige und Fürsten selbst das Kirchenwesen zu »guberniren« versuchten,³ statt die Seelsorge allein den dafür zuständigen Kirchenvorstehern zu überlassen. Und dazu gehöre sogar als »Intention des Acatolismus« (124), dass die Protestanten im Rahmen ihrer orthodoxen Moralvorstellungen unter Berufung auf den heiligen Paulus an »der Herrschaft der Männer über die Weiber« festhielten, statt die Lösung derartiger Probleme ihren Untertanen selbst zu überlassen.⁴ Ja, diese antiprotestantische Haltung wird am Schluss dieses Buchs sogar noch mit Parodien auf bedeutsame Vertreter der evangelischen Theologie wie Martin Luther, Jan Hus, Johann Arndt, Philipp Jakob Spener und Heinrich Müller unterstrichen.

Schon das lässt aufhorchen. Selbst bei einem katholischen Autor dieser Ära, bei dem man eher reaktionäre Ansichten erwarten würde, scheint hier in Moralfragen eine durchaus frühauflärerische Gesinnung zu herrschen, zu der sich viele der damaligen Protestanten, die kurze Zeit später eine führende Rolle in der Aufklärung des 18. Jahrhunderts spielen sollten, zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchzuringen vermochten. Diese Tendenz kommt, wie schon im Titel des hier ins Auge gefassten Buchs angekündigt, vor allem in dem Satz zum Ausdruck, der da lautet: »Es wird auch auß Anlaß und Gelegenheit der Entwürffe / von Pag. 125. an biß 164. weitläufig aus Göttlichen Rechten erwiesen: Daß denen Männern keine Herrschafft über ihre Weiber gebühre.« Wenden wir uns daher etwas genauer diesen Seiten zu, die sich höchst eindringlich mit dieser Forderung beschäftigen.

II.

Irenaeus Hygiophilus alias Johann Daniel Kuttge beginnt seine Argumentation mit dem Satz: »Die gantze Intention des Aatholicismi, des Lutheraniomi und Protestantismi gehet dahin: Über Leib und Güter / Seelen und Gewissen der Weiber zu herrschen« (124). Und zwar beriefen sie sich dabei zumeist auf die Epistel S. Pauli an die Epheser (V, 22), wo es heißt: »Die Weiber seien unterthan ihren Männern als den Herrn« und daher sei »der Mann des Weibes Haupt«. Doch das beweise »noch lange keine Herrschafft nicht«, behauptet Hygiophilus. Schließlich bedeute »das Wort Haupt / gar oft in der Heil. Schrift lediglich soviel / als ein Anfang oder Ursprung«, aber nicht einen Herrschersitz. Obendrein werde der »Menschliche Leib nicht regirt von dem Haupt / sondern von dem Hertzen«. Das Haupt sei »eigentlich nur *Officina Intellectus*, ein Wohnplatz und Werckstatt des Verstandes / welcher nicht befiehet / nicht *decerniret* noch beschliesset und anordnet / sondern nur als ein *Consiliarius* oder Rathgeber« funktioniere, »wohrbey es sich nur *passiv*, oder doch nur ministerialiter verhält« (126). Hingegen sei »das *Hertz die Sedes & Officina Voluntatis*, eine Residentz und Würck=Platz des Willens / welcher ein freyer und absoluter Herr seiner Handlungen ist: dieser commandirt / schafft und befiehet« (126). Überhaupt sei »das Hertz unstrittig das edelste Glied des Menschlichen Leibs / das Wohn=Haus und Behältnuß der Natürlichen Wärme / die Schatz=Kammer und Heimath des Geblüts / der vornehmste und längste Auffenhalt des Lebens. Wann derowegen gleich der Mann des Weibes Haupt ist / so ist er nicht deßwegen ihr Herr / sondern nur ihr Rath und *Consulent*« (126). Daraus folgert Hygiophilus Folgendes: »Wann ich ein Lutherisch Weib wäre / so ließ ich mich durch die obenangezogene Bibel=Sprüch noch lang nicht fangen / und unter des Mannes Gehorsam bereden. Sie mögen so deutlich scheinen als sie wollen / so beweisen sie doch nichts« (124).

Doch nicht genug damit. Auf den folgenden Seiten zieht der Autor dieser Polemik noch eine stattliche Reihe anderer Argumente gegen die Orthodoxen unter den Lutheranern heran. Was ihn besonders empört, ist, dass der besagte Christoph Matthäus Pfaff in diesen Fragen den jeweiligen Kirchenvorstehern empfohlen habe, allzeit darauf zu dringen, den Weibern klarzumachen, dass sie sich aufgrund ihrer mangelhaften Geistesausbildung stets der »Superiorität« ihrer Männer unterwerfen müssten (127). Was daher sein Antikritikus fordert, ist, auch den Weibern in Zukunft die nötige »Education« zu ermöglichen. Falls sie nämlich zu »keinen Mannlichen Künsten und *Exercitiis* angehalten würden«, bleibe »ihr Verstand kürzer und ihr Wille wandelbahrer« und mache sie notwendig »schwächer« und »unterwürffig« (133). Trotzdem habe es, heißt es danach, unter den Weibern, wie schon »viele grosse Männer erfahren und bezeuget hätten ... ohnerachtet ihrer geringeren *Education*, dennoch viele *Amazones*, tapffere Heldinnen / kluge und gelehrte Matronen / standhafte Martyrerinnen / Prophetinnen Poetinnen und Künstlerinnen